

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkühengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterkühengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Pf. Im Reklameteil die Zeile 50 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Bezugspreis vierteljährlich M. 2.00 einschließlich des Postzuschlages. Unterhaltungsblattes in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 76.

Mittwoch, den 2. April

1919.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 247 für den Landbezirk, betr. die Firma **Papierfabrik Reichhardtshäl, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Reichhardtshäl**, folgendes eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag vom 14. und 18. Februar 1901 ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 29. März 1919 dahin abgeändert, daß seine Dauer um ein Jahr zunächst und sodann immer wieder um ein weiteres Jahr verlängert gilt, wenn nicht mindestens ein Jahr vor Ablauf von Gesellschaftern, die zusammen mehr als ein Viertel des Stammkapitals besitzen, die Kündigung ausgesprochen wird.

Eibenstock, den 31. März 1919.
Das Amtsgericht.

Gewerbeschule Eibenstock.

Alle fortbildungspflichtigen Knaben, die ein Handwerk erlernen wollen, Schneiderinnen und Buchmacherinnen, welche die Gehilfinnenprüfung abzulegen gedenken, sowie die schulentlassenen Mädchen, die sich im technischen Zeichnen ausbilden wollen, werden aufgefordert, sich baldigst für das neue Schuljahr zur Gewerbeschule anzumelden. Anmeldungen nimmt die Schulleitung — Stadtbaumeister — jederzeit entgegen. Die Aufnahme findet **Donnerstag, den 3. April 1919, vormittags 8 Uhr** im Festsaale der Gewerbeschule statt.
Eibenstock, den 1. April 1919.
Die Schulleitung.
Lühner,
Stadtbaumeister und Gewerbeschulleiter.

Der Preisabbau.

Als Grund für die große Vermögensabgabe, die demnächst in Weimar von der Nationalversammlung beraten werden wird, ist nicht nur die Durchführung der finanziellen Verpflichtungen des Deutschen Reiches angegeben, sondern auch die Herabsetzung der übertriebenen hohen Preise. Es wurde gesagt, wenn die besitzenden Massen einen Teil ihres Vermögens verlieren, so wird die Kaufkraft herabgesetzt werden. Und wenn die Leute sich nicht mehr im Bezahlen der Preise überbieten können, so müssen die Preise ermäßigt werden, wenn die Ware nicht unverkäuflich bleiben soll. So wird sich also der Preisabbau von selbst vollziehen.

Heute wird von diesem Preisabbau nicht mehr viel gesprochen, es sind sogar Preisserhöhungen für verschiedene wichtige Bedürfnisse zu verzeichnen. Und an eine Verlegung der Kaufkraft ist gleichfalls nicht zu denken, da die Gehälter und Löhne zu ungeahnter Höhe steigen, die den Arbeitnehmern gestattet, Preise zu zahlen, die früher für sie unerschwinglich waren. Angesichts dieser Tatsache wird der Zweck der Vermögensabgabe, einen Preisabbau herbeizuführen, wohl hinfällig werden, denn viele Arbeitnehmer haben höhere Einkommen, wie die sogenannten Kapitalisten, deren Vermögen durch den Kurssturz aller Papiere schon erheblich reduziert worden ist, bevor die große Abgabe es dezimiert. Die Kriegsgewinnler bilden wohl eine Ausnahme, aber die erwartete als Extrabelastung die Gewinnsteuer. So lange wir Hunderttausende von hochbezahlten Arbeitnehmern haben, kann also erstlich von einer Ermäßigung der Kaufkraft keine Rede sein. Und eine schwere wirtschaftliche Krise, die die Arbeitseinnahmen bedeutend schmälerte, wollen wir uns gewiß nicht wünschen.

Theoretisch mag wohl die Annahme, speziell durch die Vermögensabgabe wieder zu normalen Preisen zu kommen, richtig sein, aber praktisch stimmt sie nicht, weil die hieron betroffenen Steuerzahler, also die wirklich reichen Leute, bei weitem nicht die Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Durch ihre Heranziehung würden wohl einzelne Luxusindustrien hart betroffen werden, so daß sie die Preise herabsetzen oder ihre Betriebe einschränken müßten, aber die großen Volkskonsumartikel bleiben davon doch unberührt. Und eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitseinkommen einzuführen, ist schwer möglich. Wer will da der erste sein? Es wird sich niemand melden, wenigstens keine große Arbeiterkategorie. Alle Welt weiß, daß die höheren Geldforderungen eine Schraube ohne Ende darstellen, und doch wird nicht allein daran festgehalten, sondern die Wünsche werden immer größer.

Und doch bleibt nichts anderes übrig, als einmal mit einem Preisabbau zu beginnen, wenn wir nicht zu unhaltbaren Zuständen, das heißt zu Konkurrenzunfähigkeit kommen sollen. Der Weltmarkt zahlt nicht, was wir verlangen, die Käufer gehen wo anders hin, wenn ihnen die deutschen Preise zu hoch werden. Nicht alles können sie nachahmen oder gar besser machen, aber vieles haben sie in der Kriegszeit bereits nachzumachen versucht, so gut es ging. Deutsche Erfindungen und Patente sind eigenmächtig ausgeübt worden. Wie wollen wir also zu dem Preisabbau gelangen, der einmal kommen muß? Wir haben heute schon viele Erwerbslose; was soll erst werden, wenn die 800 000 deutschen Gefangenen wiederkommen, die noch in

Frankreich und England sind? Die haben schon viel ausgehalten; sollen sie nach ihrer Heimkehr im Vaterland noch mehr aushalten? Es hilft alles nichts, es muß Rat geschafft werden. Und der kann nur sich geltend machen, wenn die Menge der Produktion die Billigkeit auf den Plan führt. An Händen und Armen fehlt es nicht, sie müssen in diesen Dingen gestellt werden. Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Entente-Antwort über die Danziger Frage. Auf die am 28. März in der Frage der Bundung polnischer Truppen in Danzig ergangene Antwortnote der deutschen Regierung hat am 29. März Marschall Foch durch seinen Vertreter in Spa, General Rudant, folgenden Bescheid überreichen lassen: Ich habe die Note vom 28. März dem Marschall-Oberstkommandierenden der alliierten Armeen übermitteln, der dieselbe den alliierten und assoziierten Regierungen zur Prüfung unterbreitet hat. Ich habe ganz besonders jene Aufmerksamkeit auf folgenden Satz der fraglichen Note gelenkt: Die deutsche Regierung kann nach eingehender Prüfung eine Maßnahme (d. h. die Ausschiffung polnischer Truppen in Danzig) nicht verantworten, die ohne Schaffung ausreichender Garantien den Bürgerkrieg im eigenen Land herbeiführen muß. Der Marschall telegraphierte mir am 29. März folgende Antwort: Ich werde persönlich in Spa alle Auskünfte und alle verlangten Garantien dem deutschen Bevollmächtigten geben, der mit den Vollmachten versehen sein soll, welche nötig sind, um in 48 Stunden zu entscheiden. Die Zusammenkunft wird stattfinden am 3. April, es sei denn, daß dies nicht möglich wäre. Es wird gebeten, sowohl die Antwort der deutschen Regierung als auch den Namen des designierten deutschen Bevollmächtigten schnellstens mitzuteilen Rudant. — Daraufhin hat die deutsche Regierung am 30. März beschlossen, als Bevollmächtigten zur Entgegennahme aller der von Marschall Foch in Aussicht gestellten Auskünfte und aller der Garantien, welche die deutsche Regierung verlangt, den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, nach Spa zu entsenden. Die deutsche Regierung hat diesen Beschluß durch folgende Note zur Kenntnis des Marschalls Foch bringen lassen: Das Reichsministerium hat als deutschen Bevollmächtigten den Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, bestimmt, der am 3. April vormittags in Spa für die gewünschten Verhandlungen zur Verfügung steht und mit den nötigen Vollmachten versehen ist. Reichsminister Erzberger wird am Dienstag, den 1. April, von Berlin abreisen.

Keine Kreuzerjager für deutsche Handelschiffe. Die deutsche Regierung hatte die Alliierten eruchtet, zur Sicherung des Auslaufens der deutschen Handelschiffe und zum Schutze der auslaufenden Lebensmittelschiffe vier kleine Kreuzer in Dienst stellen zu dürfen. Trotzdem mit Hilfe der vier Kreuzer also nur die Ausführung der Verpflichtungen aus dem Brüsseler Schiffsverkehrsabkommen gesichert werden sollte, hat die Entente die Genehmigung zur Bewaffnung der vier kleinen Kreuzer verweigert.

Die Reichsregierung über die Kohlenfrage. Der Direktion der deutsch-luxemburgi-

sehen Berg- und Hütten-Aktiengesellschaft ist betreffs des Antrages der Arbeiter auf Festsetzung der Sechsstundenarbeitszeit von der Regierung folgende Antwort zugegangen: Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 1/2 oder 6 Stunden ist unmöglich, wenn das Wirtschaftsleben wieder in Gang gebracht werden soll. Hunderttausende von Arbeitern müssen fernern, weil die Betriebe keine Kohlen haben. Die Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln aus dem Auslande kann nur durchgeführt werden, wenn wir Kohlen in Zahlung geben. Das gesamte deutsche Volk erwartet deshalb, daß die Kohlenförderung gesteigert, nicht aber beeinträchtigt werde. Verkürzung der Arbeitszeit bedingt einen Lohnausfall, weil für 6 Stunden Arbeit nicht der gleiche Lohn gewährt werden kann wie für 8 Stunden. Lohnausgleich wird Erhöhung der Kohlenpreise nötig machen. Solche können nicht bewilligt werden. Soll das Wirtschaftsleben in Gang kommen, muß Herabsetzung der Kohlenpreise erfolgen. (Zweiter.)

Die gewaltigen Leistungen unserer Soldaten in Ostafrika. General v. Lettow-Vorbeck hat heute mittag auf Einladung des Betriebs Berliner Preise im Metropol-Theater einen Vortrag über den Krieg in Deutsch-Ostafrika. Anwesend waren zahlreiche Vertreter der Kolonialverwaltung, des Heeres und der Marine, u. a. Gouverneur Dr. Schnee und Admiral v. Trotha. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Betriebs Berliner Preise, Dr. Paul Michaelis, führte General v. Lettow-Vorbeck, stürmisch begrüßt, etwa folgendes aus: Zu Beginn des Kampfes standen ihm etwa 200 Europäer und 240 Askari zur Verfügung. Gegen ihn haben im Verlaufe der Kämpfe über 100 feindliche Generale gestanden. Es gelang ihm zunächst, die deutsche Kolonie 1 1/2 Jahre vom Feinde frei zu halten. Den großen Sieg bei Tanga erfocht er mit 1000 gegen 8000 Mann. Im Frühjahr 1916 zwang ihn der Anmarsch der Südafrikaner unter General Smuts, seine Taktik zu ändern und durch Ausweichen den Feind hinzuhalten. Im November 1917 waren Waffen, Munition, Sanitätsmaterial, besonders das wichtige Chinin und Proviant soweit aufgebraucht, daß u. a. die allen Briten Modell 70/71 gebraucht werden mußten. Die Truppe mußte vom Feinde leben, unter Zusammenfassung der marichfähigen und kampftüchtigsten Männer sich auf Ueberraschungen, schnelle Marsche u. Ueberfälle einstellen. Die deutsche Truppe durchdrach die einschließenden Feinde. Ein gelungenes Ueberfall auf ein portugiesisches Lager bei Ngamao am Zusammenfluß des Rowuma und Lujenda am 25. November 1917 brachte gewaltige Beute an Gewehren, Munition und Proviant. Beim Uebertritt auf portugiesisches Gebiet hatte der General etwa 300 Europäer, 1700 Askari und die nötigen Träger. Die Eingeborenen begrüßten die Deutschen als Befreier. Ein Jahr später, als die Nachricht vom Waffenstillstand eintraf, waren noch 150 Europäer und 1200 Askari bei der Fahne. Viele Askari haben gesagt: Wir werden bei Dir bleiben, bis wir fallen, und auch die 300 Träger haben ausgehalten. — Dr. Michaelis brachte auf General v. Lettow und alle, die, aus Ostafrika zurückgekehrt, sich dem Vaterlande sofort zum Schutze der Heimatgrenzen zur Verfügung gestellt haben, ein Hoch aus, das jubelnden Wiberhall fand.

Arbeit oder Hunger? In der Ratio-